

Niedersächsischer Landtag

Sitzung: 23. März 2006

(Seite 1)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Groskurt. Sie haben das Wort!

Ulla Groskurt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Der demografische Wandel erfordert eine andere Politik“ ist von der Aussage her voll zu unterstützen. Viel zu lange schon bejammert Politik die Auswirkungen des demografischen Wandels, ohne jedoch grundsätzliche Wege für eine Lösung aufzuzeigen oder zu beschreiten.

Wir haben im Sozialausschuss Anfang des Jahres den Landespflegebericht bekommen. Hier wird auf 659 Seiten zum einen die Istsituation beschrieben. Zum anderen werden die statistischen Entwicklungen bis 2020 bzw. 2050 aufgezeigt. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass wir uns nicht auf dem Landespflegebericht ausruhen dürfen. Die Zahl der pflegebedürftigen Einwohnerinnen und Einwohner Niedersachsens betrug Ende 2003 laut Pflegestatistik 218 363 Personen. Bis 2020 wird sich diese Zahl unter Zugrundelegung der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes auf 263 538 erhöhen. Bis 2050 wird sich die Zahl auf 411 158 Personen erhöhen und damit fast verdoppeln.

Nun kann es nicht sein, dass dieser mit sehr viel Zeit und Personalaufwand erstellte Bericht in eine Schublade kommt und nicht zu gezielt entwickelten Maßnahmen führt, die dem unweigerlich bestehenden erhöhten Pflegebedarf entgegenwirken.

Aus dem Landespflegebericht ergeben sich zwingend Arbeitsaufträge. Um nur einen als Beispiel herauszugreifen: In Bezug auf die Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen und die Forderung nach Pflegestandards wird auf Seite 28 erkannt und auch ausgeführt, dass Zertifizierungen als Kennzeichen geprüfter Qualität für die Nachfrager von Pflegeleistungen von Nutzen sind. Gleich folgend auf Seite 29 wird erklärt, dass Zertifizierungsverfahren die Transparenz erhöhen. Ich zitiere: Ziel ist die Anerkennung von Zertifizierungsverfahren zur Verringerung der Zahl von Qualitätsprüfungen durch den MDK. In Klammern steht zur Verdeutlichung: Entbürokratisierung, Entlastung der Einrichtungsträger.

Leider haben Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, gerade im letzten Plenum - wie von Frau Helmhold gerade erwähnt - den Antrag der SPD-Fraktion zur Zertifizierung abgelehnt. Irgendwie etwas voreilig, meine ich.

(Norbert Böhlke [CDU]: Überhaupt nicht!)

Ihren Arbeitsrhythmus sollten Sie einer Prüfung unterziehen. Mal sind Sie zu schnell, mal sind Sie zu langsam.

Aufgrund dieser eindeutigen Aussagen und Zahlen, sehr geehrte Ministerin Frau Ross-Luttmann, ist Ihr Vorwort ein bisschen dünn. Sie erklären dort:

„Eine kontinuierliche Beobachtung der Versorgungssituation der pflegebedürftigen Menschen im Land ist vor dem Hintergrund der demografischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen erforderlich.“

Wir meinen, Beobachtung allein ist nun wirklich nicht ausreichend.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich nicht nur zu beobachten, sondern ein Handlungskonzept vorzulegen. Insgesamt empfinden wir diesen Antrag allerdings als etwas überfrachtet und hätten uns gut vorstellen können, ihn in fünf Anträge aufgeteilt zu beraten.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das können wir doch noch machen!)

Deshalb sollten wir uns den Antrag im Detail anschauen, da wir, glaube ich, in vielen Punkten einer Meinung sind. Wenn wir das heute feststellen können, ist das doch eine Basis für unsere weitere Arbeit für die Zukunft der Pflege.

Niedersächsischer Landtag

Sitzung: 23. März 2006

(Seite 2)

Der Punkt 1 beinhaltet die von allen Fraktionen gewünschte Entwicklung „Ambulant vor stationär“. Die geforderten trägerunabhängigen Pflegeberatungsstellen werden immer notwendiger, um pflegenden Angehörigen eine Orientierung zu geben. Angehörige können nicht damit allein gelassen werden, aus der Vielfalt der unterschiedlichen Betreuungsangebote das geeignete auszuwählen.

Bei Punkt 2 - Förderung des bürgerschaftlichen Engagements - hat die SPD-Fraktion nach den bisherigen Erfahrungen mit der derzeitigen Landesregierung Bedenken, dass sie bürgerschaftliches Engagement mit ehrenamtlicher Arbeit gleichsetzt und sich scheinbar aus der Verantwortung herausziehen könnte. Ich habe noch immer die häufig verwendete Redewendung „Eigenverantwortung“ im Ohr.

Auch zu den Punkten 3, 4 und 5 schlagen wir vor, sie einzeln zu diskutieren. Vor allem Ihr Punkt 5 zur Pflegeausbildung muss unbedingt konkretisiert und mit klaren Forderungen unterstützt werden. Hierbei ist die Landesregierung, die Sozialministerin, in der Pflicht, die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen einzufordern, eventuell durch gesetzliche Festschreibung, Quoten, Refinanzierung oder Ähnliches. An dieser Stelle haben wir die Sorge, dass die Regierung diesen wenig konkreten Antrag zur Beliebigkeit verkommen lässt.

Sehr geehrte Damen und Herren, aus der Sicht der SPD-Fraktion ist es außerdem wichtig, bei der Zukunft der Pflege nicht allein die tatsächliche Pflegebedürftigkeit aufzuzeigen, sondern im Gegenzug im Rahmen des demografischen Wandels auch verstärkt die Chancen des Alters zu sehen und den Wandel zu nutzen, um neue Märkte zu erschließen. Die Seniorenwirtschaft bietet Chancen für mehr Wachstum und Lebensqualität bei Jung und Alt. Die Politik ist gefordert, Veränderungen positiv mitzugestalten, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und nicht nur Angst zu schüren. Hierbei müssen wir von der Mangelherhebung zur Bedarfserhebung kommen. Die Teilhabe Pflegebedürftiger am gesellschaftlichen Leben muss Grundlage einer Strukturreform sein. Das ist ein Auftrag an Länder und Kommunen, der gemeinsam zu bewältigen ist.

Durch viele dieser Maßnahmen kann ein längeres selbständiges Leben unterstützt und die Pflegehäufigkeit reduziert werden. Die SPD-Fraktion wird

sich aktiv in diese Prozesse einbringen. Bei der Abstimmung über den in dieser Form vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sich die SPD-Fraktion aus den erwähnten Gründen der Stimme enthalten. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD - Ursula Helmhold
[GRÜNE]: Eigentlich schade!)